

Claudie Weill/Friedrich-Karl Frettschen

Ein 'Modell Deutschland' in den Farben Frankreichs?

(Gespräch zwischen Claudie Weill und F.-K. Frettschen vom Autorenkollektiv

»Fritz Dupont« und Frieder O. Wolf von der PROKLA)

PROKLA: Wenn man wie ich aus der Diskussion innerhalb der BRD kommt, ist man immer überrascht, wie sehr in der Diskussion über das 'Modell Deutschland' außerhalb der BRD die der technischen Perfektion der politischen oder sogar polizeilichen Organisation der BRD-Gesellschaft in der Vordergrund gerückt wird. Das ist ja auch in der französischen Diskussion so, auch in Euren Veröffentlichungen fällt es mir auf. Seht ihr die Gründe dafür eher in der Wirklichkeit bürgerlicher Herrschaft in der BRD und ihren charakteristischen Strategien – oder ist das Eurer Meinung nach eher aus der französischen Gesellschaftsstruktur und der französischen Politik zu erklären?

C.W.: Ich glaube beides ist richtig: Wenn man hier etwa das Funktionieren der BRD-Wirtschaft als vorbildlich betrachtet, dann liegt dem keine wirkliche Analyse zugrunde, worauf dieses Funktionieren beruht – außer daß man es auf den hohen Grad von gesellschaftlichem Konsens zurückführt, der in der BRD herrscht. Im Ausgang von dieser Feststellung eines gesellschaftlichen Konsenses versucht man dann hier – zumindest in Kreisen der Führungsschichten – herauszufinden, wie die 'wehrhafte Demokratie' (*démocratie musclée*) in der BRD funktioniert und, insbesondere, welche Herrschaftstechniken dabei eingesetzt werden. Gerade diese Herrschaftstechniken erscheinen als vorbildlich, weil sie auf einer parallelen, analogen Entwicklung der Bedürfnisse der Herrschenden in der BRD und in Frankreich beruhen, die gesellschaftliche Entwicklung in gewünschter Weise steuern zu können.

Ist es nicht auch ein wichtiger Grund, daß eher Aussicht besteht, diese politische Seite des 'Modells Deutschland' auf französische Verhältnisse zu übertragen – während kaum Chancen dafür gesehen werden, andere Züge des 'Modells' übertragen zu können wie die Weltmarktstellung oder relative Integration der westdeutschen Arbeiterklasse?

C.W.: Was die Weltmarktstellung angeht, besteht einfach der große Unterschied zwischen Frankreich als ehemaliger Kolonialmacht mit allen Konsequenzen, die das für Arbeitsmigration, Rohstoffversorgung und Waffenexporte, kurz für die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien hatte, und der BRD, die sich eine neue, durch Kapitalkonzentration aussichtsreichere Rolle auf dem Weltmarkt erst in den 50er und 60er Jahren erobern mußte – wichtiger scheint mir aber noch die relative Integration der Arbeiterklasse zu sein: In der BRD ist zunächst einmal mit der SPD eine ehemalige Arbeiterpartei maßgeblich an der Regierung beteiligt, die – wie auch immer man das im einzelnen differenzieren mag – immer noch in hohem Grade die Arbeiterklasse politisch repräsentiert; es gibt darüberhinaus auch noch eine Einheitsgewerkschaft, die – unter welchen Spannungen auch immer – eng mit dieser Regierungspartei in Verbindung steht. Diese Struktur, diese Grundlagen eines gesellschaftlichen Konsenses gibt es dagegen in Frankreich überhaupt nicht: Die Parteien, die hier an der Macht sind, haben gar nichts, aber auch gar nichts mit den Gewerkschaften zu tun; der Gewerkschaftsbund, der ihnen noch am nächsten steht, die *Force Ouvrière*, ist selbst noch durchsetzt vor

allem von trotzkistischen Strömungen – und das sind keineswegs die einzigen! Die Tatsache, daß es drei verschiedene Gewerkschaftsbünde gibt, die C.G.T., die C.F.D.T. und die F.O., zu denen dann noch selbständige Angestelltengewerkschaften, die Gewerkschaften des Bildungswesens usw. kommen – kurz, dieser Gewerkschaftspluralismus und die Existenz einer Regierung, die in keiner Weise als politischer Ausdruck der Arbeiterklasse begriffen wird, führen dazu, daß ein derartiger Konsensus sich gar nicht herausbilden kann. Ein weiteres Hindernis liegt darin, daß es keine einheitliche gewerkschaftliche Vorgehensweise gegenüber der Regierung gibt, es gibt auch keine gewerkschaftliche Aktionseinheit – seit dem traurigen Ende des 'Gemeinsamen Regierungsprogramms' der Linksparteien.

Liegt es darüberhinaus nicht auch an der spezifischen französischen Parteienlandschaft, daß etwa Versuche, explizit sozialdemokratische 'Politikmodelle' zu importieren, bisher immer ziemlich kläglich gescheitert sind? Haben nicht die einzelnen politischen Parteien und Parteiengruppen jeweils ihre besonderen Gründe, das 'Modell Deutschland' in unterschiedlicher Weise als Vorbild und als Bedrohung wahrzunehmen und öffentlich darzustellen?

F.-K. F.: Die verschiedenartige Rezeption des 'Modells Deutschland', die hier in der französischen Diskussion verbreitet ist, wird man wohl erst begreifen können, wenn man auf die Tradition der bürgerlichen Ideologie in Frankreich zurückgeht, wie sie sich vor allem seit 1871 entwickelt hat, gewissermaßen als Restbestand der in der französischen Revolution entwickelten Vorstellung von der Hegemonie revolutionären Frankreichs in Europa: Die französische Bourgeoisie hat immer ausgesprochen schlecht auf ein Erstarken des deutschen Nachbarn reagiert und es haben sich da regelrechte Mythen herausgebildet, die auch heute noch in der Diskussion gegenwärtig sind.

C.W.: Aber doch nicht nur in der Bourgeoisie, sondern auch in der Arbeiterklasse ...

F.-K. F.: Darauf wollte ich gerade kommen: Diese *bürgerliche* Ideologie ist als solche inzwischen auf den Hund gekommen – d.h. sie existiert nicht mehr in dieser Form, da sie durch die tatsächliche politische Entwicklung demontiert wurde, also nicht mehr funktionsfähig ist. Aber: innerhalb der reformistischen Arbeiterbewegung wirken diese Restbestände der bürgerlichen Ideologie weiter ...

C.W.: Das liegt auch daran, daß sich die französische Arbeiterbewegung als Erbin, als Trägerin der Tradition der französischen Revolution begreift, so daß auch in ihr die Vorstellung einer Hegemonie der französischen Arbeiterbewegung verbreitet ist.

F.-K. F.: Das gehört zu den grundlegenden Bestandteilen des nationalchauvinistischen Aspekts der gegenwärtigen Politik der CPF, daß sie sich so ganz undialektisch als Fortführerin der nationalen Traditionen der französischen Revolution, der Résistance usw. darstellt. *Das hieße dann ja auch, sich auf die Betrachtung der politischen Ebene zu beschränken, ohne noch weiter auf ihren Klasseninhalt einzugehen ...*

F.-K. F.: Die Rivalität im Verhältnis zu Deutschland ist ja auch immer politisch gesehen worden. In der Vergangenheit standen dabei territoriale Ansprüche oder Fragen der Überlegenheit der militärischen Apparate im Vordergrund – das läßt sich etwa an den Stellungnahmen der PCF zur Saar-Frage sehr gut überprüfen. Aber zurück zu den parteipolitischen Sichtweisen des 'Modells Deutschland' in Frankreich: Die Vorstellung eines gesellschaftlichen Konsenses in der BRD nimmt in den Ideologien der verschiedenen Parteien durchaus verschiedene Funktionen wahr, z.B. sowohl die Gaullisten wie die PCF. Wir müssen das also für die einzelnen Parteien differenziert betrachten. Zunächst ist aber allgemein der Klassenkonsens in der BRD sehr stark herausgestellt.

Daß es in der Bundesrepublik reale Bruchstellen innerhalb dieses Klassenkonsenses gibt, wie sie sich seit der Verschärfung der Klassenkämpfe Anfang der 70er Jahre abzeichnen, wird in Frankreich nicht wahrgenommen; d.h. vor allen Dingen in der französischen Arbeiterbewegung werden Differenzierungsprozesse, wie sie sich im Augenblick in der westdeutschen Arbeiterklasse abspielen, nicht gesehen – oder allenfalls sehr verzerrt. Das hat gefährliche Auswirkungen: Die Fragen, die hinsichtlich einer international koordinierten Handlungsweise der Arbeiterklassen auf der Tagesordnung stehen, können deswegen dann nicht mehr formuliert werden. In dieser Hinsicht wäre es interessant, die Haltung der französischen Stahlarbeiter anlässlich des 35-Stunden-Streiks der IGM oder die Haltung der Gewerkschaftsführungen (vor allem der C.G.T.) in den Auseinandersetzungen um eine 'Sanierung' der europäischen Stahlindustrie zu untersuchen. Die Regierungsparteien und die ausgesprochenen Rechtsparteien Frankreichs geben eine Darstellung von der BRD als einem Modell sozialer Harmonie, als einer Gesellschaft, die dank eines erfolgreichen Krisenmanagements und der kooperativen Politik der Gewerkschaftsbewegung die Tiefpunkte der weltweiten Wirtschaftskrise überwindet – weil eben ein breit genug angelegter gesellschaftlicher Grundkonsens besteht. In diese Darstellung gehen einerseits Wunschvorstellungen ein, die die französische Bourgeoisie hat, nämlich auch hier in Frankreich einen derartigen Grundkonsens auch hier herzustellen, der hier nicht besteht und sich hier auch nicht entwickeln kann ...

Wieso eigentlich nicht?

F.-K. F.: Da sind einmal die Momente, die Claudie schon angeführt hat, dann haben die anderen historischen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in Frankreich dazu geführt, daß hier ganz allgemein ein anderes gesellschaftliches Kräfteverhältnis zwischen den Klassen besteht, das einen dauerhaften Klassenkompromiß als nicht erreichbar erscheinen läßt. Das kann sich allerdings auch ändern; insbesondere läßt die gegenwärtige politische Krise, in der ja vor allem eine Krise der Linken eingetreten ist, durchaus auch eine Erschütterung der bestehenden, eingespielten politischen Machtpositionen der verschiedenen politischen Repräsentanten der Klassen voraussehen ...

So daß das Operieren mit dem 'Modell Deutschland' zu einer Kriegsmaschine der Regierungsmehrheit gegen die linken Parteien, gegen die politischen Vertreter der französischen Arbeiterklasse werden könnte ...

F.-K. F.: Nur ein Beispiel: Bis vor wenigen Jahren hat der DGB die C.F.D.T. als eine linksradikale Gewerkschaft angegriffen, so etwa auch in der von uns analysierten Stellungnahme Oskar Vettors. Das hat aber nicht verhindert, daß es zu intensiveren Kontakten zwischen DGB und C.F.D.T. kam – und heute sieht das Verhältnis vollkommen anders aus: Heute sind die Beziehungen zwischen DGB und C.F.D.T. verhältnismäßig eng – und zugleich fährt die Führung der C.F.D.T. einen Kurs der Verschiebung der Schwerpunkte (*recentrage*), aber in Wirklichkeit der Wiederherstellung der zentralen Kontrolle der betrieblichen Gewerkschaftspolitik und der Durchsetzung einer mehr sozialpartnerschaftlich orientierten Politik der Gewerkschaftsführungen – die durchaus in Richtung auf die Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses zielt. Ob sich diese Politik auch durchsetzen wird, ist gegenwärtig allerdings noch offen; aber man sieht da sehr deutlich, daß innerhalb der Arbeiterbewegung wichtige Kräfte in eine solche Richtung zu gehen beginnen – und das hängt ohne Zweifel zusammen mit der blockierten Perspektive, vor der sich die französische Linke im Augenblicke sieht.

In diesen Zusammenhang gehört doch wohl auch die Politik des Bruchs mit der C.G.T.,

wie sie gegenwärtig von der C.F.D.T.-Führung betrieben wird.

C.W.: Nein, es gibt da eher eine ganze Reihe von Prozessen, die auf einen Bruch hinauslaufen, zwischen der C.F.D.T. und der C.G.T., auf einen Bruch der gewerkschaftlichen Aktionseinheit. Und das hängt sicherlich mit der ziemlich verzweifelten Situation der Linken in Frankreich in diesem Moment zusammen: Nach dem Scheitern des 'Gemeinsamen Regierungsprogramms' hat es auch innerhalb der C.G.T., aufgrund der Verhärtung der Positionen der PCF eine Einschränkung des innergewerkschaftlichen Pluralismus gegeben. So konnten etwa in den letzten Jahren auch sozialistische Gewerkschafter innerhalb der C.G.T. in Führungspositionen gelangen; aufgrund der Verhärtung gehen sie jetzt zum Teil wieder so weit, selbst eine Abspaltung von der C.G.T. unter gewissen Umständen ins Auge zu fassen – und in der C.F.D.T. geschieht derweil, was Karl-Friedrich als Rezentralisierung beschrieben hat, ein Versuch, sich zum gesprächsfähigen Verhandlungspartner, zum vollgültigen Gegenüber von Regierung und Unternehmerverbänden zu mausern. Das setzt voraus, daß etwa Positionen eines Selbstverwaltungssozialismus (positions autogestionnaires) nicht mehr vordergründig propagiert werden.

F.-K. F.: Manchmal drängt sich sogar die Vermutung auf, die C.F.D.T.-Führung werde direkt vom DGB beraten; so etwa in den Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche: das Herunterdrücken der Forderung auf den bloßen 'Einstieg in die 35-Stunden-Woche', die Beschränkung auf 'stahltypische Forderungen' usw. – diese ganzen Argumentationsmuster, die man in der Bundesrepublik aus dem vergangenen 35-Stunden-Streik kennt, die werden hier von der C.F.D.T. reproduziert. Da muß man allerdings eins dazu sagen: daß nämlich die C.G.T. augenblicklich dazu eine Gegenposition einnimmt – auch weil ihr Kurs da anders ist; es ist aber auch viel Verbalradikalismus dabei, d.h. auch in der C.G.T. wird das alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird.

C.W.: Das liegt aber doch auch daran, daß die C.G.T. Schwierigkeiten hat, mit dem DGB zu Vereinbarungen zu kommen!

F.-K. F.: Da gibt es auch noch einen Punkt, den man aber extra behandeln müßte: Das ist die gegenwärtige Strategie der C.G.T., die auf eine scharfe Abgrenzung von der C.F.D.T. und den Sozialisten zielt – darüber gibt es aber in der C.G.T. selbst scharfe Auseinandersetzungen.

Gehört nicht auch die sehr deutliche Abgrenzung, die Edmond Maire mit Bezug auf die ökologistischen Tendenzen vorgenommen hat, in diesen selben strategischen Zusammenhang?

F.-K. F.: Ich glaube, das hat insofern etwas damit zu tun: Maire kann seine Linie in der C.F.D.T. nur durchsetzen, indem er verschärften Druck auf abweichende Positionen innerhalb der Gewerkschaft ausübt; zum einen sind die Kämpfe in den Betrieben ja keineswegs abgeflaut, sondern haben sich angesichts von Krise und Massenentlassungen in vielen Bereichen eher verschärft – andererseits übt auch die Rivalität zwischen den beiden Gewerkschaftsbünden einen Druck in Richtung auf ein kämpferischeres Auftreten aus, einen Druck von der Basis. Die C.F.D.T.-Führung ist damit in vielen Fällen nur mit Hilfe massiver bürokratischer Repression fertig geworden.

Deswegen wundert es mich gar nicht, wenn Maire jetzt die Ökologen aus der C.F.D.T. rausschmeißen will, weil die in der C.F.D.T. einen Unruhefaktor darstellen; die hatten ja in der C.F.D.T. durchaus ihren Platz, im Gegensatz zur C.G.T. mit ihrer PCF-Linie in dieser Frage.

C.W.: Das stimmt nicht so ganz; es gibt in der C.G.T. auch durchaus 'Abweichter', aber

eben andere!

F.-K. F.: Aber was die Ökos angeht, hat sich die Gewerkschaftsführung durchgesetzt, die haben also in der C.G.T. wenig Fuß gefaßt. Umgekehrt sind die Ökos in die C.F.D.T. gelaufen, weil sie der Mythos dieser nach Mai 1968 so stark radikalisierten Gewerkschaft, der 'offenen Gewerkschaft', immer noch beeindruckte.

Auffällig ist dabei vor allem – und das gilt für die *gesamte* Linke –, daß seit dem Scheitern des 'gemeinsamen Regierungsprogramms' ein ideologischer Verfall zu verzeichnen ist, der ideologische Gegenoffensiven der Rechten erleichtert – und hier kommt dann der Bezug auf das 'Modell Deutschland' voll zur Geltung.

Durch das Taktieren der linken Kräfte in den 70er Jahren, durch ihr gemeinsames Abwürgen der Dynamik des Mai 1968, ist es in Frankreich zu einem derartigen Verfall emanzipatorischen Bewußtseins gekommen, innerhalb der Organisationen, daß jetzt zum großen Teil wirklich nur noch mit ideologischen Bruch- und Versatzstücken herumhantiert wird – *Das war doch wohl kein gradliniger Prozeß seit 1968!*

F.-K. F.: Nein, das war sehr widersprüchlich; es ist jedenfalls 1978 offen zum Ausbruch gekommen, vor allem in der Partei, die am stärksten in der Arbeiterklasse verankert ist, in der PCF. – Da sind auch die Widersprüche in der ganzen Entwicklung am stärksten, auch die ideologischen Widersprüche ...

Wie sieht denn 'die PCF' das 'Modell Deutschland'?

C.W.: In ihrer augenblicklichen Rückzugsposition ist die PCF dabei, die nationalistische – im schlimmen Sinne – Seite ihrer Positionen zu betonen – schon vor zwei Jahren hingen an Wänden Plakate »Französisch fabrizieren?«, jetzt heißt es sogar »Französisch produzieren?«; auch die Haltung der PCF bei den Europawahlen hat Bände gesprochen. Diese Rückzugsposition beinhaltet zugleich eine Annäherung an »Moskauer Positionen«. Es gibt ja in der PCF eine ganze kleinbürgerlich-nationalistische Strömung, zur Zeit dominiert sie. Sie bemüht sich, Deutschland vor allem zum Feindbild aufzubauen – zwar geht es ihr auch in der Frage des EG-Betrtritts von Spanien und Portugal um die Verteidigung der nationalen Interessen der französischen Weinbauern zum Beispiel, aber wenn es um Deutschland geht, kann man mit solchen Argumenten nicht kommen, da greift sie dann auf den ganzen Bildervorrat, auf die alten Dämonen des Nazismus, auf den Neo-Nazismus, auf den deutschen Wirtschaftsimperialismus zurück (ohne sich die Frage der gegenwärtigen Strukturen des Imperialismus wirklich zu stellen), das ganze Rüstzeug von Klischees wird in Bewegung gesetzt, um »gegen die Hegemonie Deutschlands in Europa« zu kämpfen.

F.-K. F.: Da kann man einmal noch hinzufügen, daß die PCF natürlich unter den Bedingungen, denen sie gegenwärtig unterliegt, von Widersprüchen geprägt ist: Wenn Du von der Mehrheitsposition sprichst, muß man wissen, daß es in der PCF auch starke Minderheitspositionen gibt, daß innerhalb des Apparates, von der mittleren Funktionärssebene bis ins Zentralkomitee, starke Spannungen bestehen. Innerhalb des Politbüros der PCF gibt es im Augenblick sehr harte Machtkämpfe; die neostalinistische Linie ist im Vormarsch, aber sie trifft noch auf heftigen Widerstand, auch etwa von Marchais, der eine eher vermittelnde Position einnimmt, eine Integrationsfigur darstellt ... Da spielt sich hinter den Kulissen wirklich einiges ab!

F.-K. F.: Interessant ist jedenfalls, daß in der Parteipresse der PCF mehr Fakten über die Entwicklung in der Bundesrepublik gebracht werden, als bei den Sozialisten: Praktisch in jeder oder jeder zweiten Nummer der »Humanité« steht ein Artikel über die Bundesrepu-

blik drin – allerdings hat der Korrespondent der »Huma« seinen Sitz in Berlin (Ost)! Dagegen werden die meisten Deutschland-Spezialisten, die die PCF hat, von der Redaktion der »Humanité« kaltgestellt: Sie kommen in der Parteipresse kaum zu Wort. Immerhin finden die klassenpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik in der Presse der PCF eine stärkere Berücksichtigung als in der sonstigen Presse.

Aber die Position der PCF läßt sich doch wohl nicht auf die der »Humanité« reduzieren – da gibt es doch noch Organe mit einem ganz anderen Charakter ...

F.-K. F.: Im Augenblick findet aber eine Homogenisierung der Parteipresse statt; d. h. aufgrund einer Zentralisierung der Kompetenzen um die »Humanité« herum ist etwa die »Nouvelle Critique«, in der kritischere Positionen zu Wort kamen, eingestellt worden. Ein Teil der Redaktion ist in die Redaktion der neuen Zeitschrift »Revolution« integriert worden, die viel stärker auf Parteilinie liegt. Allerdings ist dieser Teil der Redaktion, aufgrund seiner etwas kritischeren Haltung, dazu gezwungen, in »Le Monde« zu veröffentlichen.

Ich glaube, daß die Politik, die da gemacht wird, oft wirklich antideutsche Züge einnimmt, mit chauvinistischen Gefühlen spielt, die sich hier lange gehalten haben. Sie wird kampagnenförmig durchgeführt, d. h. wenn sie in das politische Konzept der Partei paßt, wenn man sie gerade braucht, um irgendein Argumentationsmuster aufrechtzuerhalten. Das hängt damit zusammen, daß die Parteitheorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus Weltmarktzusammenhänge gar nicht analysieren kann, also Weltmarkt als bloße Summe von Nationalökonomien betrachtet. Aufgrund der in dieser Theorie begründeten Strategie soll in einer ersten Etappe Frankreich vom Einfluß des ausländischen Kapitals freigekämpft werden. Was dann hinterher kommt, weiß niemand.

Ein Beispiel für solch eine, auch von oben nach unten durchgesetzte Kampagne war die Verteidigung der französischen Stahlindustrie durch die PCF und die Darstellung der Rationalisierungsmaßnahmen auf europäischer Ebene (d. h. im wesentlichen die Kritik am Davignon-Plan): Da hat die Presse der PCF gegenüber allgemein den Vorwurf erhoben, die Interessen Frankreichs würden an die BRD verraten; der Slogan der Partei war damals: »Nein zum deutschen Europa!« Daß dazwischen die Nachricht von der Stahlkrise in der Bundesrepublik platzte, vertrug sich nicht mit diesem Ansatz. Daraufhin ist die Partei dann ausgewichen auf Bruderschaftsbekundungen mit der DKP, hat die kommunistischen Stahlarbeiter von Neunkirchen, die sich in Thionville mit französischen Stahlarbeitern getroffen haben, zu Vertretern der bundesdeutschen Arbeiterklasse hochgejubelt und ein Kommuniqué mit der DKP herausgegeben, in dem sowohl die Solidarität zwischen den nationalen Arbeiterklassen als auch der Grundsatz der wechselseitigen Nichteinmischung in nationale Angelegenheiten hochgehalten wurden. Damit löst sich dann die internationale Solidarität zum bloßen 'humanistischen Aufklatsch' zur Verfolgung der jeweiligen nationalen Interessen auf.

Diese Kampagne zielte insbesondere auch auf die Mobilisierung von Randbereichen der Arbeiterklasse und von kleinbürgerlichen Schichten – man darf nicht vergessen, daß in dieser Phase die PCF noch stark auf das Gewinnen kleinbürgerlicher Wählerschichten setzte. Die Folge war prompt, daß ein Widerspruch auftrat zwischen PCF und C.G.T.: Die Gewerkschafter wandten sich gegen den Slogan der Partei – so ginge das nicht, man müsse doch wohl sagen: »Nein zum Europa des Kapitals!« Das ging dann bis zum wechselseitigen Überkleben von Plakaten und anderen Reibereien zwischen Kommunisten innerhalb und außerhalb der C.G.T.!

An der Basis und auf den unteren Führungsebenen der Partei entwickelt sich das Deutsch-

landbild nicht mehr in Form von zentral bestimmten Kampagnen; da verselbständigt sich die Ideologie, da kommen dann die ganzen Reminiszenzen mit herein, vor allem auch die stalinistischen Chauvinismen, die in der Résistance-Periode eine große Rolle gespielt haben. So hat etwa ein kommunistischer Bürgermeister eine flammende Rede – am Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges gehalten, in der er davor warnte, daß die Boches den verlorenen Krieg nachträglich jetzt doch noch gewinnen! Die Geschichte seiner eigenen Partei, die Gründung der III. Internationale, muß dieser gute Mann ja völlig vergessen haben – die Konferenz von Zimmerwald? ist ihm sicher ein Buch mit sieben Siegeln!

Aber es ist doch sicher nicht nur die PCF, die dadurch Politik zu machen versucht, daß sie das 'Modell Deutschland' im Licht des 'ewigen Deutschland' darstellt. Das gibt es doch sicher auch in der französischen Rechten, nicht nur bei den Gaullisten? Und ist das in der Linken auf die PCF beschränkt, gibt es das nicht auch innerhalb der PS?

C.W.: Innerhalb der PS ist das viel komplizierter. Es hat eine ganze Reihe von Schwankungen in dieser Frage gegeben: Zu der Zeit, als die Repression in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt erreichte, als die Berufsverbote im Zentrum der Diskussion über die BRD hier in Frankreich standen, hat die PS eine Haltung eingenommen, die gegen die SPD gerichtet war: Das ging nun wirklich zu weit, man müsse das der Bruderpartei klar machen, sie auf den Boden der 'sozialistischen' Positionen zurückholen. Das hat dann dazu geführt, daß die PS von der SPD sehr scharf zur Ordnung gerufen wurde – so daß die 'brüderliche Kritik' der PS dann sehr gründlich unter Verschuß gelegt wurde und der Konsensus innerhalb der Sozialistischen Internationalen unter Verstärkung des Gewichtes der SPD wiederhergestellt wurde.

F.-K. F.: Heute haben sie diese Kritik ganz fallengelassen ...

Selbst in den linken Minderheitsgruppen wie dem C.E.R.E.S.?

F.-K. F.: Seit der Berufsverbotskampagne habe ich vom C.E.R.E.S. kaum noch etwas zur Entwicklung in der BRD gehört; selbst die Stellungnahmen von Einzelpersonlichkeiten aus seinem Kreis werden immer rarer!

Gibt es nicht andererseits auch in der PS eine ideologisch greifbare Rede vom 'Modell Deutschland', durch die eine ausgesprochen sozialdemokratische Strömung zum Demiurgen ähnlicher Verhältnisse zu werden bestrebt ist?

C.W.: Natürlich, das liegt ja auf der Hand, träumt die PS davon, in Frankreich die Rolle zu übernehmen, die die SPD in Deutschland gespielt hat. Die C.E.R.E.S. hat sich von der Diskussion eher zurückgezogen und in ihre Publikationen eingeeigelt, in der sie eine Analyse des deutschen Vorbilds, auf das sich diese sozialdemokratische Strömung beruft, besonders der Technologisierung politischer Herrschaft, die in der Entwicklungsrichtung der gegenwärtigen SPD-Regierung liegt.³

Es gab auf die Ereignisse im Herbst 1977 Reaktionen, die ungefähr genau so hysterisch waren wie in der Bundesrepublik, aber in eine andere Richtung gingen – dabei ging es allerdings nicht nur um das, was in der Bundesrepublik passierte, sondern auch um die Auslieferung von Croissant ...

F.-K. F.: Die sehr viel mehr Leute beunruhigt hat, als bloß die radikale Linke!

C.W.: ... die eben auch ein sehr starkes Moment von Kollusion zwischen der deutschen und der französischen Regierung deutlich werden ließ, die vom europäischen Rechtsraum herrührt und in der europäischen Antiterrorgesetzgebung ihren Ausdruck fand. Das hat sich gerade in der Auslieferungspraxis gezeigt, in der sich ja Frankreich gründlich etwa von

Italien unterscheidet: Frankreich liefert aus, in Italien werden die italienischen Staatsbürger, die ausgeliefert worden sind, wieder freigelassen, wenn die Gründe für die Auslieferung keine Grundlage mehr zu ihrer Verurteilung abgeben.

Wird nicht die Haltung der radikalen Linken in diesem Moment deutlich an den großen Schwierigkeiten, die die Zeitung »Liberation« damals bekam? Es gab doch da internen Streit und eine Besetzung der Zeitungsredaktion?

C.W.: Das ist eine merkwürdige Sache, die zusammenhängt mit der schiefen Rezeption dessen, was die RAF war; hier in Frankreich: Über die Klassenverhältnisse, die reale Entwicklung des Kapitalverhältnisses in der Bundesrepublik war kaum etwas bekannt – auch nicht in der radikalen Linken (das beschränkt sich auf ganz wenige Leute, die da genauer Bescheid wissen). Und im Mai 1968 hatten sich innerhalb der radikalen Linken Strömungen herausgebildet, die bestimmte alte Strömungen der französischen Arbeiterbewegung aufleben ließen – z. T. auch auf die Spitze trieben – vor allem anarcho-syndikalistische Tendenzen. Die hatten aber wirklich ganz andere Quellen als die RAF. Da kam es dann zu ganz unheilvollen Verwechslungen – aufgrund des schillernden, unhistorischen Begriffs des 'Anarchismus', wie er in der bürgerlichen und sozialistischen, aber auch in der kommunistischen Presse im Zusammenhang mit der RAF verwendet wurde, ohne überhaupt den Versuch zu machen, ihre Entstehung aus der historischen Entwicklung der Bundesrepublik zu erklären!

Hier in Frankreich sind Strategien wie die der RAF zur Bedeutungslosigkeit verurteilt – das ist übrigens schon ein alter Hut: es gibt zwar immer mal wieder derartige Gruppen, die sich bilden, das schlägt aber gar nicht durch –

C.W.: auch Gruppen die gebildet werden!

Meint Ihr, Giscard träumt von seiner 'Baader-Meinhof-Bande', um endlich seinen staatlichen Kontroll- und Repressionsapparat auf den neuesten Stand bringen zu können?

C.W.: Es scheint ziemlich eindeutig zu sein. Zum Beispiel wurde im März 1979 klar: Anlässlich einer großen Demonstration der Stahlarbeiter in Paris, hat man einfach eine ganze Reihe von 'Autonomen' verhaftet, unter der Behauptung, man habe sie *in flagranti* bei terroristischen Aktionen erwischt. Als dann ihre 'Fälle' etwas gründlicher überprüft werden konnten, wurde klar, daß man ganz willkürlich Leute verhaftet hatte, daß die Vorfälle, die es wirklich gegeben hatte, *vielleicht* von den Taten *einiger* 'Autonomer' herrührten ...

F.-K. F.: Wobei man daran erinnern muß, daß ein 'Autonomer', der von einigen Genossen von der PCF festgenommen wurde – einen Polizeiausweis bei sich trug!

C.W.: Genau das wollte ich andeuten: die Anschläge sind – noch bis in die allerletzten Monate – von im Dunkel bleibenden geheimen Polizeiverbänden und Diensten angezettelt worden, die zur Aufgabe haben, ein Klima der Angstpsychose zu erzeugen, in dem die Leute beginnen, von der Existenz eines französischen Terrorismus überzeugt zu werden.

F.-K. F.: Ich war Augenzeuge derartiger Provokationsversuche genau auf dieser Demonstration! Und die Polizisten gingen nicht gegen diese Provokateure vor; sie ließen sie sogar laufen! Danach gingen sie dann mit Stöcken gegen die übrigen Demonstranten vor, die sich schon zurückzogen! D. h. auf einer der größten Demonstrationen der französischen Gewerkschaftsgeschichte haben die 'Autonomen' mit einer vorher abgesprochenen Taktik der Polizei den Vorwand geliefert, die ganze Demonstration 'aufzudröseln' und dann die Leute in den Seitenstraßen jämmerlich zu verhauen. Dabei hatte man es auch darauf abgesehen, in das Gebäude der »Humanité« einzudringen, ich habe das selbst gesehen: der 'Agent provocateur' ist von den Genossen vor dem Gebäude festgehalten worden, die Poli-

zei wollte offensichtlich im Gebäude bestimmte Sachen verwüsten, Dokumente an sich bringen usw.

C.W.: Wenn es dann einmal zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in solchen Fällen kommt, werden sie in dreiviertel der Fälle eingestellt, aber erst nach einiger Untersuchungshaft.

Natürlich gibt es auch in Frankreich Terroristen; Gruppen, wie die bretonischen und korsischen Autonomisten, sprengen verschiedene Symbole des Zentralismus in die Luft, und es gibt auch wie anderswo, einen wesentlich gefährlicheren Terrorismus von rechts ... Aber so etwas wie die RAF gibt es in Frankreich nicht. Und ich glaube, um einen Vorwand für die polizeiliche Durchdringung der Gesellschaft zu haben, gibt es ganz offensichtliche Versuche der Regierung, in dieser Richtung etwas zu unternehmen.

F.-K. F.: Da sind sie aber jetzt ziemlich am Ende mit ihrem Latein; denn die ganzen Provokationsaktionen haben so ziemlich den gegenteiligen Effekt gehabt: z.B. halten jetzt die Ordnungsdienste verschiedener Organisationen, die sich eigentlich eher feindlich gegenüberstanden, bei Demonstrationen ganz bewußt zusammen, decken sich usw. Es ist eine gemeinsame Disziplin entwickelt worden – vor allem aber ist die Aversion der meisten engagierten Linken gegen diese Gruppen derart gewachsen, daß es bei ihnen jetzt einen Konsens gibt. Wenn man in einer Demonstration jetzt schon die 'Autonomen' von ferne kommen sieht, rückt alles instinktiv zusammen, und sagt, »von denen lassen wir uns nicht mehr unterkriegen!« Dieser Solidarisierungsreflex innerhalb der Linken gräbt gerade allen Versuchen, sich einen künstlichen Terrorismus 'heranzuziehen', das Wasser ab.

C.W.: Indem man gegen die 'Autonomen' zusammenrückt, vollzieht sich aber auch eine Verschiebung in Richtung auf den Reformismus – der traditionelle Linksradikale wird dann eben auch mit ausgeschlossen!

F.-K. F.: Ich glaube nicht, daß das unbedingt der Fall ist! Ich glaube, da sind Lernprozesse in Gang gekommen ...

Aber noch einmal zurück zum Deutschlandbild der radikalen Linken in Frankreich: Der größte Teil der Informationen über die Bundesrepublik kommt ja über ganz wenige Kanäle, die man sozusagen namentlich aufzählen könnte! Die Leute, die wirklich Informationssarbeit gemacht haben, kann man doch an den Fingern abzählen – übrigens auch in der reformistischen Linken!

C.W.: Obwohl Deutschland doch für uns vor der Haustür liegt, wir jedenfalls gemeinsame Grenzen haben, und das heißt doch, daß die zukünftigen Geschicke beider Länder, ob man das nun will oder nicht, ganz eng miteinander verbunden sind, trotzdem herrscht hier ein vollständiges Verkennen etwa der bundesdeutschen Verhältnisse – und zwar in allen Kreisen! Deswegen haben sich dann richtige Informationsmonopole über die deutschen Verhältnisse herausbilden können, wie etwa im Fall Alfred Grossers, der hier in Frankreich als Handlungsreisender in Sachen 'Modell Deutschland' rechte Positionen vertritt. Er und ein paar andere Rechte haben sich praktisch den Markt für Informationen über Deutschland, für Loblieder auf das Modell, erobert und lassen da niemanden anderen heran – schon gar nicht jemanden, der ihnen widerspräche. Das liegt natürlich zum Teil auch daran, daß die französische Germanistik sich noch nie durch eine besondere Fortschrittlichkeit ausgezeichnet hat. Die Germanisten, die eine linke Position beziehen, haben daher große Schwierigkeiten, sich 'in der Zukunft' Gehör zu verschaffen und verfügen darüberhinaus über keinen Zugang zu den Massenmedien. *Das erklärt doch aber nur einen allgemeinen Informationsmangel auf Seiten der französischen Linken. Spezifische Mißverständnisse wie*

das der RAF in Frankreich müßte man doch wohl noch anders erklären?

C.W.: Ich glaube hier in Frankreich hat es eine anarchistische Tradition gegeben, die mir ernsthafter und tiefer verankert gewesen zu sein scheint als was es an Vergleichbarem in Deutschland gab. Vor allem von dem revolutionären Syndikalismus, dieser Mischung aus gewerkschaftlicher Tradition und Anarchismus, hat man dann hier die RAF als anarchistische Gruppe verstanden, und das war der Angelpunkt aller Mißverständnisse.

Aber darüberhinaus hat es hier in Frankreich Parteigänger der RAF gegeben, die wirklich welche waren! Es gab wirklich eine 'Baader-Meinhof-Gruppe' in Frankreich, die aber nicht im französischen Rahmen operierte ...

D.h. das war ein auswärtiges Unterstützungsnetz der RAF?

C.W.: Genau.

F.-K. F.: Zum einen waren das Leute, die ein wenig zwischen den beiden Ländern lebten, also etwa als Franzosen lange in Deutschland gelebt hatten, und dort in die Kreise der RAF geraten waren. Die sind dann eben nach Frankreich zurückgekommen und haben Verbindung gehalten und Organisationskerne gebildet. Zum anderen auch ganz einfach Deutsche, die in Paris lebten, oder sonstwo in Frankreich. Und darum hat sich dann eine ganze Kampagne entwickelt, vor allem eine Kampagne für die politischen Gefangenen der RAF. In der Organisation dieser Kampagne haben dann solche Leute versucht, diejenigen, die sich an der Kampagne beteiligten, um etwa ganz demokratisch gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen zu protestieren, zur Parteinahme für die RAF zu bringen und politisch zu kompromittieren.

C.W.: Oder zumindest einen so weit zu kompromittieren, daß man dann praktisch gezwungen war, mit ihnen mitzuziehen, weil man schon politisch 'gezeichnet' war.

F.-K. F.: Diese Gruppen haben dann vor allem Leute aus der 'Randgesellschaft' (la marge) angezogen.

C.W.: Also aus denselben Schichten, in denen die RAF in Deutschland ihre Sympathisanten bezog!

F.-K. F.: Eben. In dieser Randgesellschaft hatte sich seit 1978 eine gewisse Romantik herausgebildet – mit Ideen über 'direkte Aktion' oder revolutionäre Lebensformen ... Das hat dann auch im Herbst 1977 etwas gezündet – und die Auseinandersetzungen um »Libération« kamen daher: Ein großer Teil der Leser von Libération kommt aus dieser Randgesellschaft – nicht so sehr übrigens wegen des politischen Teils – eher wegen der Kleinanzeigen – aber die Berichte über die RAF haben sie gelesen! In diesen Monaten gingen die Verkaufszahlen der Libération steil in die Höhe; gerade die Marginalen verschlangen die ganze RAF-Romantik nur so!

Und wieso kam es deswegen bei Libération zum Konflikt?

C.W.: Weil Libération eben dann doch nicht weit genug ging!

F.-K. F.: Ich wohnte damals in so einem Wohnviertel, in Belleville, in dem viele Häuser besetzt waren, von Marginalisierten, von Drogensüchtigen, Punks, verkannten Künstlern ... Nach der Schleyer-Entführung, gab es da dann Inschriften wie »Es lebe die RAF!« Das stand dann neben »Ich tanze, ich träume im Wind«, also den ganzen Sponti-Parolen, »Küß' mich!«, »Leck mich am Arsch, Giscard!« Ich durfte damals auf keinen Fall sagen, daß ich Deutscher bin, vor lauter falscher Begeisterung.

Aber die klassische radikale Linke muß man davon unterscheiden ...

C.W.: Die radikale Linke ist nicht mehr, was sie mal war! Die Auflösung geht schon sehr weit; Man sollte übrigens nicht vergessen, daß die Trotzlisten hier in der radikalen Linken

ein ganz anderes Gewicht haben als in der Bundesrepublik.

F.-K. F.: Aber auch da habe ich mich oft schwarz geärgert: Die Themen, die behandelt werden, sind immer wieder dieselben – Repression usw. Aber die Chance wird nicht wahrgenommen, statt nur bei der Beschreibung der Tatsachen kleben zu bleiben, einmal zu analysieren, was das politisch zu bedeuten hat, wie man das politisch erklären kann. Es ist keine umfassende Analyse gemacht worden, auch etwa über die Streiks in der Bundesrepublik wird kaum etwas bekannt. Die Entwicklung der klassenpolitischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik wird kaum jemals umfassender analysiert; alles bleibt auf oberflächlichen Journalismus zugeschnitten, was die Qualität der Debatte sehr stark mindert.

Bei dem Kolloquium letztes Jahr in Vincennes über die 'Neue Ordnung in Europa', wo natürlich die radikale Linke auch stark vertreten war, konnte man das sehr deutlich sehen: Nicht einmal die versammelten Deutschlandspezialisten – von der Sozialdemokratie, von der PCF und von der radikalen Linken – waren in der Lage, eine umfassende Analyse zu liefern, was das nun eigentlich ist, das 'Modell Deutschland'. Genauso wie die reformistische Linke haben auch die revolutionären Marxisten mit humanistischen Vorstellungen operiert – Solidarität mit den Berufsverbotsopfern, mit den politischen Gefangenen oder Solidarität im Kampf gegen bestimmte Repressionsmaßnahmen, die halt den *bürgerlichen* Idealen der französischen Revolution usw. widersprechen. Über die Thematik ist auch die radikale Linke nur in ganz, ganz wenigen Ansätzen hinausgekommen ...

Was waren das denn für Ansätze?

F.-K. F.: Der wichtigste geht davon aus, wie man die anwachsenden Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse beurteilen muß ... Da ist natürlich die radikale Linke hellhörig geworden, wo sie auch einige interessante Berichte geliefert hat – allerdings keine umfassenden Sachen, d.h. es ist nicht klar, was sich da in der Bundesrepublik eigentlich genau abspielt. Das liegt z.T. etwa auch daran, daß etwa bei »Rouge« die Drähte zur westdeutschen Schwesterorganisation, zur GIM, nicht besonders dick sind, trotz internationalistischer Organisationsform und »Inprekorr«⁴ –

Wir haben uns jetzt über die verschiedenen Deutschlandbilder in der französischen Linken und über den politischen Gebrauch, der davon jeweils gemacht wird, einen Überblick verschafft. Könntet ihr jetzt nicht auch noch einbringen, was Eure eigene Intervention in die französische Debatte beinhaltet, was sie bedeutet, transportiert hat? Also Euer Buch, als Kollektiv mit dem sprechenden Namen »Fritz Dupont« und die von Dir, Claudie, herausgegebene Nummer von »Autogestions«⁵ über die Alternativbewegung in der Bundesrepublik?

C.W.: Im ersten, im Buch von »Fritz Dupont«, ging es uns vor allem darum, die Deutschlandbilder, von denen wir eben gesprochen haben, zu korrigieren, sie zu verändern. Also sowohl diejenigen der Rechten mit Grosser vorneweg, oder die der Regierungskreise, die das schöne Sozialmanagement in der Bundesrepublik bewundern – als auch die der Linken und der radikalen Linken, von der das, was sich da in der Bundesrepublik entwickelt hatte, mit dem Neo-Nazismus, dem alten wiedererstehenden Dämon, gleichgesetzt wird.

Wir waren Mitglieder des »Komitees gegen die Repression in der BRD« und eine der ersten Aktivitäten dieses Komitees ist es gewesen, eine Broschüre gegen das Bild vom Wiedererstehen der 'alten bösen Geister' herauszugeben – um zu zeigen, daß das, was sich da heute entwickelt, etwas anderes ist!

Daß wir das genauer zeigen wollten, kam auch daher, daß uns das beunruhigte, was sich in Frankreich zu entwickeln begann. Wir hatten den Eindruck, daß das System der Unter-

drückung in Deutschland in der Tat perfekter war – aber nur in technischer Hinsicht, nicht unbedingt in politischer – und eben dadurch auch besser zu erkennen, sichtbarer war! Ausserdem geschieht es in der BRD, daß es einmal Pannen gibt, die an die Öffentlichkeit dringen, durch die man sich also über das Funktionieren des Repressionssystems klar werden konnte. Wenn solche Pannen dagegen in Frankreich passieren, werden sie sofort unter einer Flut von Reden und Gegenreden erstickt – und falls es einmal zu Prozessen kommt, werden sie mit Stillschweigen übergangen und verschwinden schließlich lautlos in den Archiven ... Das 'Modell Deutschland' interessierte uns also, weil es technisch perfekter *und* weil es transparenter war, als das, was wir hier haben. So gibt es hier zwar kein greifbares, massives Berufsverbot wie in der BRD – aber Berufsverbotsopfer gibt es doch, in den Universitäten, in den Schulen usw. Allerdings kann man hier nicht die Kommunisten aus den Schulen und Universitäten heraushalten; dazu ist ihr gesellschaftliches Gewicht zu groß. F.-K. F.: Man geht hier auch nicht den Weg der Berufsverbote, man ist eher bestrebt, den Status des Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst so zu verändern, daß ein Klima der Unsicherheit geschaffen wird, in dem es möglich wird, ihnen das Streikrecht zu nehmen. So arbeitet man jetzt schon an Einschränkungen des Streikrechtes, etwa für die Lehrer oder für die Beschäftigten verstaatlichter Betriebe, die 'im Interesse der Nation lebenswichtig' sind. Das ist eine andere Strategie, der es zunächst einmal darum geht, die Macht der Gewerkschaften in diesem Bereich zu brechen.

C.W.: Aber das 'Modell Deutschland' spielt dabei auch eine Rolle; mit Bezug auf die Universitäten hat die zuständige Ministerin verkündet, man müsse die Kommunisten an den Universitäten mit der Wurzel austrotten!

F.-K. F.: Aber die *tatsächliche* Strategie ist anders! Hier in Frankreich sind die Berufsverbote nicht angebracht, dafür ließe sich keine Massenlegitimation herstellen ...

C.W.: Es gibt ja auch keinen Amtseid im öffentlichen Dienst, man braucht bloß einen Auszug aus dem Strafregister vorzulegen ...

F.-K. F.: Und dann gibt es nur die Verpflichtung zur dienstlichen Zurückhaltung, (obligation de réserve), die sowieso sehr unbestimmt ist und kaum angewandt wird, außer in wirklich extremen Fällen.

Dagegen versucht man so etwas wie ein Berufsverbot mittels schrittweiser Veränderungen der Mechanismen zu erreichen, die zu Ernennung führen: Das ist jetzt im Hochschulwesen ganz klar geworden, wo man die zuständigen Gremien neu zusammengesetzt, die Autonomie der Universitäten wieder eingeschränkt hat und die Ernennung der Hochschullehrer erneut vom Ministerium verhältnismäßig einseitig gesteuert wird. Diese 'Korporalisierung' der Verwaltung soll – etwa mittels künstlicher Mehrheiten in den Selbstverwaltungsgremien – die Bedingungen dafür schaffen, den Einfluß der Gewerkschaften und der politisch Engagierten innerhalb dieser Institutionen zurückzudrängen.

Das ist der französische Weg, der sich da vom deutschen durchaus unterscheidet!

C.W.: Nichtsdestoweniger ist es aber dieselbe Art von Gesellschaft, auf die sowohl die französische wie die bundesdeutsche Regierung abzielen: Eine Gesellschaft, die auf Konsens begründet ist, in der es kein Infragestellen des gesellschaftlichen status quo gibt, eine Gesellschaft, die einfach funktioniert und 'satt und rund läuft' wie ein guter Motor.

Solch eine Gesellschaft setzt dann übrigens voraus, daß man bereit ist, die Existenz einer Randgesellschaft zu tolerieren – und daß das, was in dieser Randgesellschaft geschieht, eine grundlegende Bedeutung für ein gutes oder schlechtes Funktionieren dieser Gesellschaft erhält. Das ist der Punkt, bis zu dem wir in unserer Analyse gekommen sind: Wenn sich

diese Randgesellschaft vollständig marginalisieren läßt, wird es möglich, eine ganze Reihe von Leuten, die aus den produktiven Bereichen ausgeschlossen sind, von ihr absorbieren zu lassen, um so Krise und Arbeitslosigkeit zu 'bewältigen'. Wenn diese Randgesellschaft dagegen in die Offensive geht, stellt sie für die etablierte Gesellschaft eine Gefahr dar – deswegen ist man auf sie so aufmerksam!

Um die Möglichkeiten einer solchen Randgesellschaft zu untersuchen, haben wir das Schwerpunktheft von »Autogestions« über die Alternativbewegung in der Bundesrepublik gemacht: Die Randgesellschaft in der Bundesrepublik schien uns nämlich strukturierter, entwickelter zu sein als hier – und sich in höherem Maß den wesentlichen Fragen zu stellen, die im Zusammenhang mit der polizeilich verfaßten Gesellschaft aufkommen, wie sie sich in Westeuropa zu entwickeln beginnt.

F.-K. F.: Claudie, da hast Du eben den Finger genau auf den Punkt gelegt, der innerhalb unseres Kollektivs umstritten war. Ich etwa gehe von einer Analyse der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen insgesamt aus, von einer Klassenanalyse. Das führt dann auch zu einer anderen Sichtweise – so daß ich etwa meine politischen Interventionen hier in Frankreich gegenwärtig auf die Arbeiterbewegung konzentriere. Ich bin davon überzeugt, daß die Neustrukturierung der bundesdeutschen Arbeiterbewegung, die mir doch – bei aller notwendigen Zurückhaltung bei solchen Einschätzungen – in Richtung auf eine größere Klassenautonomie zu gehen scheint, die Tendenzen zu einer stärkeren Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse, nicht nur unsere Unterstützung verdienen; sie sind vielmehr notwendig, um *hier* die Blockierung der Situation überwinden zu können! Denn wenn es hier und in Europa eine solche starke Blockierung gibt, dann liegt das daran, daß die Arbeiterklasse nicht nur im nationalen Maßstab geteilt, gespalten ist, sondern viel entscheidender noch auf der internationalen Ebene! Und das spielt in der gegenwärtigen Lage eine immer größere Rolle. Hier liegt für mich der Ansatzpunkt meiner eigenen politischen Arbeit: Nicht bloß von der Repression zu reden, die es in der BRD gibt, sondern auf die eigentlichen Hintergründe zu sprechen zu kommen, auf die Krise und ihre gesellschaftlichen Erscheinungsformen – und in *diesem* Zusammenhang dann auch auf die Alternativbewegung. Aber man muß sie in eine globale Beziehung zur bundesrepublikanischen Gesellschaft setzen und von da aus dann Ansatzpunkte für eine Praxis suchen – die für mich eher innerhalb der Arbeiterbewegung liegen!

Aber ist das nicht eine falsch gestellte Alternative, die Arbeiterbewegung, da Alternativbewegung ...

C.W.: Genau daran entzündeten sich eigentlich vor allem die Konflikte innerhalb des Kollektivs »Fritz Dupont«, aber auch in der Gruppe die das Schwerpunktheft bearbeitet hat. Da jetzt schon deutlich geworden ist, welche Gegensätze es bei der Abfassung des Buches gegeben hat, noch einiges zur Vorbereitung des Heftes: Es gab da eine Richtung, die darauf hinauslief, die Alternativbewegung als Hoffnung, als Keim von etwas Neuem zu betrachten, im Sinne der Problematik der Neuen Sozialen Bewegungen, wie sie vor allem Alain Touraine aufgeworfen hat, im Rahmen seines Paradigmas der post-industriellen Gesellschaft. Da gibt es einige Analysen, die zwar immer noch ziemlich unfertig sind, aber doch beginnen, die Entwicklungen systematischer zu erfassen ... Dabei geht es zentral darum, ob das Subjekt einer gesellschaftlichen Veränderung heute noch das Proletariat sein kann, wie es diatraditionelle Arbeiterbewegung versteht.

Aber heißt das nicht, die Frage von vorneherein falsch zu stellen, wenn man hier nur nach dem Proletariat im 'traditionellen Sinne', d. h. wie es früher war, fragt? Daß sich das Prole-

tariat verändert hat, bestreitet doch wohl niemand ...

C.W.: Oder ob die einzigen Potentiale für eine gesellschaftliche Veränderung eben bei den Neuen Sozialen Bewegungen liegen, also hier in Frankreich bei den regionalen Autonomiebewegungen, bei der Frauenbewegung – die in der Bundesrepublik in strukturiertere offensivere Gestalt existiert, der Genossenschaftsbewegung und der Anti-AKW-Bewegung und derartigen anderen Bewegungen.

Es geht dann schließlich darum, welche Rolle, welches Gewicht die eine oder die andere Seite in der Konstitution eines Subjektes gesellschaftlicher Veränderung haben können. Und deswegen ist es strategisch wichtig, sich Gedanken über diese Randgesellschaft zu machen: In welchem Maße wird sie über die Ufer treten oder aber doch ausgegrenzt und zurückgehalten werden können! Einerseits kann sie ja durchaus als Auffangbecken dienen, wie in der Bundesrepublik, wo sie ja einen Teil der Arbeitslosigkeit auffängt, um das ganz klar zu sagen ... Als wir das Heft über die Alternativbewegung vorbereiteten, gab es dann eben ganz unterschiedliche Einschätzungen der Bedeutung dieser Randgesellschaft, der Tragweite einer 'Dualwirtschaft' usw. ...

Meinst Du nicht, daß man insgesamt Euren Analysen vorhalten könnte, daß sie den eigentlichen Kern der Problematik verfehlen – an der Wirklichkeit des 'Modells Deutschland' vorbeigehen, deren Zentrum eher in einem spezifischen Typ von 'industriellen Beziehungen' liegt und den besonders politischen Strukturen, die darauf aufbauen, als auf der repressiven Seite der BRD-Gesellschaft – ist das nicht auch in der Diskussion eingewandt worden?

C.W.: Innerhalb der Redaktion von »Autogestions« wurde uns, dem Kollektiv »Fritz Dupont« vorgeworfen, wir würden uns in den Chor der Kritiker eines deutschen »Neonazismus« einreihen. Das war jedenfalls gewiß nicht unsere Absicht. Aber sollte man deshalb den Staat in seiner repressiven Funktion ignorieren? Man sollte vielmehr Repression *und* Alternativbewegung *und* Staat in ihren Wechselbeziehungen untersuchen, wie sie sich bedingen und voneinander ableiten lassen. Das würde uns sowohl in der Analyse des »Modells Deutschland« wie auch darin weiterführen, herauszufinden, wie die Linke hier in Frankreich ihre gegenwärtige Blockierung überwinden kann!

Paris, 23. September 1980

Anmerkungen

- 1 Fritz Dupont: *La sécurité contre les libertés*. Le modèle ouest-allemand, modèle pour l'Europe? Paris: E.D.I. 1979
- 1a cf. Fritz Dupont, a.a.O., 233 ff.
- 2 Erstes Treffen der Linken nach dem faktischen Zerfall der II. Internationale aufgrund des Eintretens der führenden sozialistischen Parteien für ihre jeweilige »nationale Sache« im I. Weltkrieg.
- 3 »Non«, Paris, seit 1980
- 4 Internationale Pressekorrespondenz, Pressedienst der IV. Internationale.
- 5 Mouvements alternatifs et cogestions en Allemagne fédérale, *Autogestions* 13 (1980) No. 2-3.